



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Fußball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftsberater

Bezugspreis: bei Kauf monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark
(ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Altstadt / Belehrer und Redaktion: Oberbahnhofstraße 2 / Berndbrecher 17250 / Postfach 18690 / Geschäftsstelle: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 19 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Einzelgewebe: die neuromanisch geprägte Monoparallelgasse des neuen Raums ab 10 Uhr, am Samstagmorgen ab 10 Uhr für die Reklamegasse am frühen Tag einer Zeitung ab 10 Uhr, Einzelgewebe-Abnahme wochentags ab 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-Altstadt, Oberbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In allen anderen Tagen besteht kein Anrecht auf Lieferung der Zeitung oder auf Auslieferung des Monoparallels.

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 20. März 1930

Nummer 67

Millionen für Ostsachsen / Der Youngfurs: Goldströme für Unter- und Industriebarone

Gehaltslose Volksauswanderung unter Führung sozialdemokratischer Minister

Riesenzölle auf das tägliche Brot

Lohnsteuerausfall um 60 Millionen Mark u. a.

Dresden, den 20. März.
Heute morgen berichtet die bürgerliche Presse, daß die Umgangsverhandlungen zwischen den Regierungsparteien bis zu einem gewissen Maß schon gekommen sind und die neuen Vorstellungen im Horn initiativ gegeben dem Reichstag zu gehen werden. Mit den nachstehend aufgeführten Zoll erhöhungen ist die Opposition der deutsch-nationalen Junta gegen das vor wenigen Tagen im Reichstag beschlossene deutsch-polnische Handelsabkommen um das Hunderterste aufgeworfen worden. Im einzelnen haben die Koalitionsparteien von der Konservativen bis zur Sozialdemokratie sich auf folgende Vorstellungen geeinigt. 1. Erhöhung des Weizenzolls durch Zoll erhöhung bis auf 12 Mark die Tonne, Erhöhung des Getreidemazolls bis auf 10 Mark, Erhöhung des Mehzzolls um das Viertel des Weizenzolls zusätzlich 5,25 Mark pro Haushalt, Erhöhung des Juckerzolls auf 16 Mark für den Zentner, Erhöhung des Zolls für Matkasatzosse von 1,50 Mark auf 20 Mark (!). Weiter wird die Reichsregierung ermächtigt, beim weiteren Sinken der Weizenpreise die Zölle weiterhin aus eigenem Ermessen zu erhöhen.

Berlin, 20. März. (Eig. Drahtmeldung.)
Heute beriet der Reichstag die Zolls- und Steuervorlage, die einen Teil des Budgetprogramms der Koalitionsregierung darstellt. Der Weizenzoll wird von 8 auf 10 Mark erhöht, wodurch etwa 48 Millionen Mark Weizeneinnahmen erzielt werden. Die Umlagesteuer, die schätzungsweise der Massensteuer wird um 40 Millionen Mark und die Einfuhr abermals mit einem neuen 40 Millionen Mark Umlagesteuern belastet. Der Tee-, und Kassezoll wird dauerhaft erhöht, daß das Pfund Kaffee in Zukunft 20 Pfennig und das Pfund Tee 65 Pfennig teurer wird. Die Veränderung der Tabaksteuer ergibt eine Mehrbelastung der Werktätigen um 32 Millionen Mark, die Erhöhung des Juckerzolls um 9 Millionen Mark. Sogar die im Jahre 1928 abgeschaffte Mineralwassersteuer wird neu eingeführt und bringt 40 Millionen Mark. Das bedeutet, daß die flächendeckende Selterswasser von nun an um 5 Pfennig und die flächendeckende Minonade um 10 Pfennig teurer wird. Durch die Abschaffung der Rückstättung der Lohnsteuer wird diese um 60 Millionen Mark erhöht. Eine weitere Niederschlagsbelastung wird die Niederschlagssteuer erhöhen. Eine weitere Niederschlagssteuer mit sich bringen.

So sehen die Gezeuge aus, die die Koalitionsregierung im Reichstag vorlegt und die bereits am 1. April wirksam werden sollen. Sie bringen eine neue Steuerausfall über 800 Millionen Mark, die aber durch ihre verbündeten Monopolwucher eine Milliarde erreichen.

Dresden, den 20. März.

Der Youngfurs vollzieht sich in einem rasanten Tempo. Noch nicht 8 Tage sind seit Annahme des Youngplanes vergangen und schon verzeichnen wir Severings Zuchthausgesetze ein ganzes Blümel von Steuer- und Zollplänen, deren bestehende Auswirkungen auf die arbeitenden Massen mehr als eine Milliarde übersteigt. Aber das Ende ist längst noch nicht da. In der gestrigen Reichstagsitzung kündigte Moltenhauer einen weiteren entscheidenden Abbau der Arbeitslosenversicherung an, Subvention für die Schwerindustrie und ein sozialstaatliches Ausgabenabgleichsgefecht für Reich, Länder und Gemeinden. Wenn in der gestrigen lästigen Landtagssitzung der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Biller noch herzhafte Stresemannsches Vorbild einen Silberstreifen zu leihen glaubte, bzw. feststellte, daß die Annahme des Youngplanes der deutschen Wirtschaft neuen Aufschwung bringe, so mag das für eine handvoll Kapitalismagnaten stimmen. Für die Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern ist dieser "Silberstreif" die drohendste sozialste Wetterkatastrophe, die sich über ihren Häuptern zusammenzieht.

Unter diesem massenfeindlichen Kurs ist es nur selbstverständliche, daß jede Partei sich der Verantwortung ihrer verbrecherischen Handlungen gegenüber der proletarischen Gesellschaft zu entziehen trachtet. Die Nazis führen die nationalsozialistisch neumonopolistische Trommel, obwohl ihr Goebbels noch vor Wochen sich zu "Kooperationszahlungen nach Maßgabe des Maßlichen" bekannte. Die Nationalsozialisten prügeln gegen den Youngplan, um 3 Tage später für

die Plakatierung des Hindenburg-Auftrages, der die Annahme des Planes im Interesse des deutschen Volkes für notwendig erklärt, ihre Stimme zu geben.

Der Sozialdemokrat Reiß machte in der gestrigen Reichstagsitzung den Arbeitern die Annahme des Youngplanes durch die SPD schmackhaft, indem er Finanzreform und Kapitalbildung im Interesse der werktätigen Massen für erforderlich erachtet.

Schließlich suchen sich die "linken" Sozialdemokraten eine Rüdenburg zu verschaffen, indem sie ein Steuerprogramm aufstellen, wonach die Offenlegung der Steuerlisten, die bekleidete Einziehung der Steuerflächen, menschliche Verschärfung der Geschäftssteuern usw. gefordert wird. Das

Kommunistische Anklagerede gegen den Sachsen-Etat!

(Siehe heutige Nummer, Seite 4)

alles sind unsere Anträge, die im Reichstag von allen Sozialdemokraten, bis zu den "linksten" der Linken, ein Denkmal und mehr in den letzten Jahren abgelehnt wurden.

Aber kein Oppositionsmanöver der Edel und Ritterliche, noch noch so rottinierte Tarnung ihres Youngfurs kann ihre massenfeindliche Politik verbargen. Unermöglich groß ist die Not der arbeitenden Klasse, unermöglich die Youngplaner, die in den nächsten Wochen und Monaten auf ihre Schultern stürzen werden, unermöglich groß ist aber auch für uns Kommunisten die Möglichkeit, die revolutionäre Einheitsfront der arbeitenden Massen unter unserem Banner zu formieren.

Papierkrieg statt Reichswehreinmarsch

Zahlungseinstellung des Reichsinnenministeriums an Thüringen / Severing im Einverständnis mit Volkspartei / Sozialfascistisches Manöver, um Massensturm gegen Buchhausgesetz zu parieren

Berlin, 20. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Aus dem gestrigen "Vormärz" geht hervor, daß die SPD eine Schenktion gegen Frick, den nationalsozialistischen Innenminister in Thüringen führt. Die "Rote Fahne" schreibt dazu:

"Severing hat ein Schreiben an den thüringischen Innensenator und Reichskämmerer Frick losgelassen, indem er sich darüber beschwert, daß er bisher noch keine Antwort auf eine frühere Anfrage erhalten hat und aus zugegangenen Nachrichten „begründete Zweifel“ darüber habe, ob die „Vorausleistungen für die Gewährung eines Reichsgutschusses für politische Zwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch erfüllt sind“. Infolgedessen wird das Reich an Thüringen keine Zuflusszahlungen mehr leisten.

Severing verläßt am Schlusse der Sitzung gegen Frick nur Mandörfer mit dem ausgesprochenen Zweck durchzuführen, um eine Säuberung des den Youngplan beherrschenden großbürgerlichen Elementes herbeizuführen. In allererster Linie aber, das muß die Arbeiterschaft verstehen, handelt es sich darum, den Massen Sand in die Augen zu steuern. Die Offensive Severings gegen die thüringischen Nazis soll ihm gleichzeitig das Amt vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaftigkeit für das verhängte Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und besonders die kommunistische Partei verschaffen."

Wie die bürgerliche Presse heute morgen meldet, ist das Vor gehen Severings im Einverständnis mit allen Kabinettmitgliedern erfolgt, also einschließlich der Volkspartei.

Rationalisierungserfolge

Die Kapitalisten haben gute Tage. Nicht die Arbeiter, sondern die Bourgeoisie hat durch die Rationalisierung riesige Erfolge, wie folgende Dividendenabschlüsse und Vorschläge zeigen:

- | | |
|--|--|
| 14 Prozent Papierfabrik Sebnitz, | 10 " Lack- und Farbenfabrik Schmitz u. Hintze,
Coswig i. Sa., |
| 10 " Bachmann u. Ladewig AG, Chemnitz, | 12 " Meyer u. Co., Berlin, |
| 10 " Elektr. Lieferungsgesellschaft, Berlin, | 10 " Ver. Trikotfabrik Vaihingen, |
| 12 " Norddeutsche Kabelwerke Berlin, | 12 " Chem. Fabrik Oranienburg. |

Für die Arbeiter aber brachte die Rationalisierung Massenentlassung, Lohndruck und Elend. Die Sozialfascisten haben durch Abwürfung der Wirtschaftskämpfe durch verlogene Versprechen die Arbeiter betrogen. Anerkennend das dadurch, daß in den Betrieben

DIE ROTE BEFRIEDUNG

die Kämpfe der Arbeiter führen

Eure Partei, ihr „Linken“!

Die neuen, in unserer heutigen Ausgabe mitgeteilten Millionenangebote an die Linken werden bei den sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterninnen sehr unmittelbar und fühlbar spürbar. Kein Wunder, daß die linkssozialdemokratische Presse die preisstreitigen Zahlungsbefreiungen ihrer Minister durch eine „link“ Opposition rechtfertigt abwehrt. Unter dem Titel „Kalter Punkt“ dreht das linke sozialdemokratische „Volksblatt“ ihr Juwel gern:

„... Denn die Annehmungen an Regierung und Parlament, den murrernden Ostsachsen als Ausgleich für die Unterzeichnung der vertragsgemäß wünschenden sozialen Vereinbarungen eine Gitarre auf allen gemeinsamen Steuermitteln zu gewähren, die Massen neuern erneut zu erhöhen, um den Großbürgern an den oft politisch gegen Reichstag mit deren Zahlungen aus der Reichskasse und mit neuen Agrarpolitiken durch Getreide- und Buttermittelzollerhöhungen zu honorierten, viele Anmerkungen Hindenburgs zu entsprechen Vereinbarungen mit dem Reichskabinett. Der STP“ meldet darüber lässig in seinem heutigen Raum:

Das Üpprogramm des Reichspräsidenten wurde im Konsens mit der Reichsregierung verfaßt. Die erforderlichen geistigen Maßnahmen werden deshalb unmittelbar eingeleitet werden.

Unter dem Einfluß dieser Taktik sind denn auch alle Regierungsparteien prompt eingewilligt und haben die von der „Grünen Front“ verlangten Agrarpolitikmaßnahmen nahezu restlos gebilligt. Die Unterstände müssen bei jedem Agrarberg unter Schlesien und Oberlausitz Führung im Reichstag eingebrachten Landwirtschaftsverträge und bei Polizeibehörden der Regierungsvierteln sind so gering, daß kaum in Betracht kommen. Die erbitterten Feinde der Republik und die Ministerien der Sozialfamilienpoli-